

3. Zwischenbilanz und Vorausblick: Von der subkulturellen Enklave zum nationalpopularen politischen Projekt

Es wurde gezeigt, wie das politische Projekt der Zürcher SVP die ständisch-konservative Parteitradition mit den neoliberalen Forderungen nach Steuersenkungen und Bürokratieabbau artikuliert. Der ideologische Mittelstandsbegriff, der die Einheit von neoliberaler Zukunft und konservativem Traditionsbewusstsein symbolisiert, konstituiert sich nicht primär durch die Abgrenzung zu den politischen Extremisten rechts und links der eigenen Identität, sondern durch den Antagonismus zu marginalisierten Gruppen. Diese werden als unzulängliche und unersättliche Profiteure des sozialliberalen Parteienkonsenses und als Bedrohung des ‚eigenverantwortlichen Mittelstandes‘ präsentiert. Der Diskurs der Zürcher SVP zielt auf eine dichotomische Vereinfachung des Sozialen, die *quer* sowohl zum Multikulturalismus als auch zu sozioökonomischen Schichtenanalysen steht und die einschlägigen Gruppendifferenzierungen unterläuft.

Mit den Offensiven in der Asyl-, Drogen- und Sicherheitspolitik sowie mit der Polemik gegen Steuern und Bürokratie gelang es der Zürcher SVP, ihrem Diskurs neue Gegenstände zu geben, den Gegensatz zum Sozialliberalismus zu vertiefen und die neukonservative Ausrichtung der eigenen politischen Formation zu schärfen. Die Zürcher SVP brachte eine Ideologie auf den Weg, die den Widerspruch zwischen dem Erzkonservatismus der Schweizer Demokraten und dem Ultraliberalismus der Auto Partei zu überwinden vermochte¹ und über ein

1 Diese Konfliktlinie zwischen einem traditionsorientierten, sozialen Nationalismus und einem progressiven, neoliberalen Nationalismus spaltete das Lager der extremen Rechten in der Schweiz (vgl. Gentile/Kriesi 1998; Skenderovic 2009).

schichten-, ethnien- und konfessionsübergreifendes Integrationspotential verfügte.

Gleichwohl befindet sich der Populismus der Zürcher SVP Ende der 1980er Jahre nach wie vor in einem Initialstadium. Zwar fand sie in der Asylpolitik ein Politikfeld, mit dem sich die neue Rollenauslegung als fundamentaloppositionelle Partei legitimieren ließ, doch glich der unter dem jungen Parteipräsidenten Blocher angeschlagene politische Kurs der Kantonssektion eher einer tentativen Suche nach potentiellen Dislokationen als einem kohärenten politischen Projekt. Obwohl bereits in den 1980er Jahren jene rhetorischen Figuren und Schlagworte auftauchen, die den politischen Raum in den 1990ern reorganisieren werden, versteht sich die Zürcher SVP noch als Teil des bürgerlichen Lagers – wenngleich als dessen rechte Avantgarde. Ein universeller Repräsentationsanspruch des Bürgertums oder gar des Schweizervolkes wird nur selten erhoben. Die Angriffe des Zürcher Flügels gelten zumeist der SP sowie den sozialliberalen und ökologischen Strömungen in der eigenen Partei, aber keineswegs einem umfassenden, verschwörungstheoretisch imaginierten Bevormundungskartell aus Parteien, Medien und Wissenschaft. Zudem finden sich im Diskurs des Zürcher Flügels zu diesem Zeitpunkt keine gegenhegemonialen Artikulationen zentraler leerer Signifikanten der politischen Schweiz. Die universellen Identifikationsbegriffe ‚Schweiz‘, ‚Sonderfall‘, ‚Demokratie‘ oder ‚Freiheit‘, welche die neue SVP im Laufe der 1990er Jahre usurpieren sollte, werden noch nicht systematisch besprochen.

Um die Zürcher SVP als legitime Nachfolgerin und programmatische Erneuererin der BGB Geltung zu verschaffen, kam es zunächst darauf an, die sedimentierten Identifikationsbegriffe der Partei ‚Mitte‘, ‚Mittelstand‘ und ‚werktätig‘ mit der neoliberalen Reformagenda zu verschmelzen. Hier konnte die Zürcher SVP erste Erfolge verbuchen. Der Zürcher Weg hatte sich als Alternative zum maßvollen Klientelismus und dem sozialliberalen Modernisierungsbestrebungen der Berner Sektion etabliert. Die neuen Kantonssektionen, die ab Ende der 1980er in der Deutschschweiz gegründet wurden, orientierten sich weit stärker am radikalen Kurs der Zürcher als an der gemäßigten Politik der Berner Parteiführung. Auch sie verstanden sich nicht als ergänzende Klientelparteien, sondern als rechtskonservative Alternative.² Die auf Bundesebene nach wie vor tonangebenden Bündner und Berner Kantonssektionen hielten jedoch an der sozialliberalen Reform der Parteiagenda fest. Und als die SVP bei den Nationalratswahlen

2 Vgl. Rinderknecht 1993: 342.

von 1987 zwei zusätzliche Parlamentssitze gewann, wurde dieser Erfolg auf die sozialliberale Öffnungspolitik ihres Präsidenten Adolf Ogi zurückgeführt.³

Außerhalb des Kantons Zürich schlug die programmatische Neuprofilierung der Zürcher SVP keine hohen Wellen. Die Radikalisierung in Zürich hatte kaum Auswirkungen auf das nationale Parteiensystem. Denn auf Bundesebene handelte die Partei nach wie vor als kooperativer Partner der beiden großen bürgerlichen Parteien. So konnten die populistischen Tendenzen in der Kantonssektion nach wie vor als „Einsprengsel in das Konkordanzsystem“⁴ marginalisiert werden, zumal die von Blocher vorangetriebene wirtschaftsfreundliche Profilierung den Zürcher Flügel zum verlässlichen Komplizen der dominanten FDP machte. Das landesweite Image der Partei, „anständig, bieder, behäbig, traditionell und langweilig“⁵ zu sein, hatte sich trotz der populistischen Tendenzen in der Zürcher Kantonssektion kaum gewandelt.

Die Wahrnehmung der Partei sollte sich im Verlauf der 1990er Jahre in grundlegender Weise ändern. Die Zürcher SVP avancierte zur stärksten Partei des Kantons und übertraf dabei die Ergebnisse der traditionell starken Bündner und Berner SVP-Sektionen. Durch ihre Wahlerfolge geriet die moderate Parteiführung um den Berner Bundespräsidenten Adolf Ogi immer stärker unter Druck. Mitte der 1990er Jahre verfolgten lediglich die machtvollen Sektionen der Kantone Graubünden, Bern, Glarus und Waadt weiterhin einen liberaldemokratischen Zentrumskurs. Die neugegründeten Kantonssektionen in der Ostschweiz und in den katholischen, ehemals CVP geprägten innerschweizerischen Kantonen schlossen sich der von Blocher vorgegebenen Richtung an.

Zeitgleich etablierte sich die ehemalige Klientelpartei als nationale Partei. Die SVP expandierte zunächst in die katholische Zentralschweiz und schließlich – wenngleich mit geringeren Zuwachsraten – auch in die Romandie. Sie steigerte ihren Stimmenanteil von 11,9 Prozent im Jahr 1991 sukzessive auf 28,9 Prozent im Jahr 2007. Obwohl sie an den Wahlen von 2011 mehr als zwei Prozent einbüßte, konnte sie sich mit 26,6 Prozent erneut als deutlich stärkste politische Kraft behaupten. Zeitgleich musste insbesondere das gemäßigte bürgerliche Lager Einbußen hinnehmen, wohingegen sich die SP trotz der neuen Konkurrenz der ökologischen Parteien bei etwa 20 Prozent halten konnte. Im internationalen Vergleich mögen diese Machtverschiebungen und die Zugewinne der SVP nicht außergewöhnlich erscheinen, vor dem Hintergrund der außerordentlichen Stabilität des Schweizer Parteiensystems und der konkordanzdemokratischen politi-

3 Buomberger 2004: 206.

4 Armingeon 1996: 72.

5 Buomberger 2004: 206.

schen Kultur lässt sich die politische Karriere der Partei jedoch durchaus als „fulminant“⁶ bezeichnen.

Dieser Aufstieg soll im Folgenden nicht auf demoskopische Bedingungsfaktoren zurückgeführt werden, sondern diskursanalytisch begründet werden.⁷ Damit wird keineswegs negiert, dass sich ein spezifisches sozialstrukturelles Profil der SVP-Wählerschaft zeichnen lässt.⁸ Zurückgewiesen wird lediglich, dass die *Erfolgsbedingungen* einer rechtspopulistischen Partei mit dem Vorhandensein bestimmter *sozialstrukturell definierter Gruppen* gleichgesetzt werden können. Bedingung für den Erfolg sind nicht spezifische Eigenschaften als solche, sondern die semantische Transformation, die diese Differenzen erfahren, indem sie gemeinsam gegen ein antagonistisches Außen artikuliert werden und zu Elementen eines ‚unterdrückten Volkes‘ werden. Untersucht werden soll daher, wie der SVP-Populismus eine populare Wir-Gruppe performativ konstituiert, die sich mit der partikularen politischen Programmatik, den Zielen und Strategien der Partei identifiziert.

Wie im Methodenkapitel angekündigt, lanciere ich hierzu Tiefenbohrungen um vier bedeutsame historische Ereignisse: (1) die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1992, (2) die Nationalratswahlen von 1999, (3) die Abwahl Christoph Blochers als Nationalrat 2007 und (4) die Minarett-Initiative, die 2007 auf den Weg gebracht und 2009 zur Abstimmung kam. Dabei geht es zunächst jeweils darum, die Ereignisse als Dislokationen des konkordanzdemokratisch-korporatistischen hegemonialen Imaginären zu rekonstruieren. Sodann soll die Analyse zeigen, wie der SVP-Populismus konkrete Fragen und Entscheidungen einer umfassenden binären Wir-Sie-Matrix einverleibt, die *quer* zum tradierten Selbstverständnis der politischen Schweiz steht.

6 Kriesi u.a. 2005b: vii.

7 Für eine demoskopische und sozialstrukturelle Analyse der SVP-Wählerschaft vgl. Kriesi u.a. 2005a.

8 Gemäß den Ergebnissen der demoskopischen Wahlstudie SELECTS haben vor allem Bauern, Erwerbstätige in traditionellen Berufen und ungelernte Arbeiter eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit für die SVP als etwa Manager oder gar soziokulturelle Spezialisten (vgl. Lachat/Selb 2005: 57).